Energiepolitische Morgenröte?

Autor(en): **Aldrovandi, Mario**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): **- (1986)**

Heft 3: **Lichtblick in der Energiepolitik?**

PDF erstellt am: **03.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-586614

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Krystine

«Antworten auf die dringlichen Interpellationen zum Ereignis Tschernobyl»: Störfriedas um 16.02 Uhr während der Nationalratsdebatte vom 16. Juni 1986, von Saalwächtern zur Ordnung aufgerufen.

Einige Wochen nach der Tschernobyl-Monster-Debatte vom 16.–18. Juni in Bern werfen wir einen Blick zurück auf das, was sich mit dieser Diskussion geändert haben soll, und prüfen, ob da wirklich so etwas wie eine «energiepolitische Morgenröte» (Franz Jaeger, LdU) stattgefunden hat. Von Mario Aldrovandi.

Energiepolitische Morgenröte?

«Ursache und Auswirkungen dieses Ereignisses sind ernsthaft zu prüfen und die entsprechenden Konsequenzen für die Kernenergienutzung zu ziehen, zumal in Ermangelung ausreichender Alternativen die Schweiz nicht auf Kernenergie verzichten kann», schrieb die FdP am 7. Mai zuhanden der Presse. An dieser Position hat sich seitdem nichts geändert.

«Einen Verzicht auf die Kernenergie können wir uns schlicht nicht leisten» (FdP-Nationalrat Giger, St. Gallen). Sein Zürcher Parteikollege Kurt Müller sieht die «Vogel-Strauss-Gefahr mit der Forderung nach Stillegung». Nationalrätin Geneviève Aubry (Bern, FdP und SVA) «möchte keiner Psychose zum Opfer fallen». Die Liste liesse sich beliebig verlängern (NZZ, 17.–19. Juni).

Etwas differenzierter versuchte sich der FdP-Politiker Paul Wyss (Basel). Mit seinem Vorschlag einer «Denkpause» ebnete der Basler Handelskammer-Vertreter den nachfolgenden Rednern den Weg zu weiteren Unverbindlichkeiten.

Lediglich zwei FdP-Nationalräte bemühten sich, eine Spur konkreter zu werden. Nationalrat Salvioni legte das Aussteigen aus der Kernenergie nahe, «jedoch nicht sofort. Aber es sollte eine Frist bis etwa 2010 gesetzt werden.» Und Nationalrat Kurt Schüle (Schaffhausen) meinte: «Auch wir sollten ein Konzept der Energieversorgung ohne Kernenergie im Sinne des schwedischen Modells erarbeiten.»

Ausser dem vom Bundesrat grossartig angekündigten «Moratorium» für Kaiseraugst – das AKW könnte auch bei forcierter Projektarbeit erst ab 1988 gebaut werden – gehört seit dieser Debatte auch die «Nachdenk-Pause» zum politischen Notvorrat der Atomenergie-Befürworter. Ein Notvorrat, mit dem sich selbst ein Aufschieben der Atomgesetzrevision überleben lässt. Denn was diese Revision im wesentlichen anstrebt, ist eine Vereinfachung der Bewilligungsregelung (keine Referendumsmöglichkeit), und diese könnte so oder so erst beim AKW Graben Premiere haben. Also bei einem Projekt, das auch ohne «Tschernobyl» nicht absolute Priorität hat.

Im Gegensatz zur FdP befürwortet die SVP die Atomgesetzrevision, obwohl auch sie der Meinung ist, dass sich mit dem alten Atomgesetz «leben lässt».

Ausser ein paar originellen Aussagen in der Fraktionsrede von Nationalrat Adolf Ogi hat jedoch auch die SVP nichts Wesentliches zu bieten: «Die Forderung nach sofortigem Ausstieg ist zwar spektakulär, realistisch ist sie nicht. Wenn wir aussteigen könnten, wenn jetzt Möglichkeiten einer ungefährlichen Atomtechnologie vorhanden wären, dann würden wir heute alle einstimmig beschliessen, es zu tun.» (?!) Dass der SVP-Parteipräsident zu keinen anderen Gedanken als zu jenen der Förderung der Atomtechnologie fähig ist, beweist er kurze Zeit später. Unter den verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, «die uns weg von der gefährlichen Produktion von Atomstrom wegführen», zählt er folgende drei auf:
«1. Möglichkeit des Sparens, 2. Die Möglichkeit der Alternativen, 3. Neue Technologien für Atomenergie» (alles gemäss der offiziellen Rede).

Ausser Adolf Ogi meldeten sich von seiten der SVP noch Peter Sager (Schweizerisches Ostinstitut), Werner Martignoni (BKW, AKW Graben, AKW Mühleberg) sowie Christoph Blocher (Motor Columbus), der mit seinem «Sparen, sparen Sie doch!» selbst in reaktionäreren Kreisen Kopfschütteln provozierte. Ein einziger SVP-Vertreter vertrat eine eigenständige Position: «Nach Tschernobyl wissen wir, dass wir unsere Energiepolitik überdenken müssen. In diesem Sinne ist auf den Bau weiterer AKWs zu verzichten; das De-facto-Moratorium von zwei bis drei Jahren für Kaiseraugst genügt nicht» (Nationalrat Hans-Rudolf Nebiker, Baselland).

CVP – verwirrte Mitte

Auf das breite Spektrum an CVP-Meinungen angesprochen, meinte Parteisekretär Frei: «Das ist halt so bei einer Partei der Mitte.» Tatsächlich reichten die CVP-Parlamentarier-Meinungen von «Mir fiel es wie Schuppen von den Augen. Ein Ausstieg muss realistischerweise ins Auge gefasst werden» (Judith Stamm, Luzern) oder «Mittelfristig halten wir einen Ausstieg für wünschbar. Heute müssen wir aber vorläufig mit den Kernreaktoren weiterleben» (Ständerätin Josi Meier, Luzern) bis zur Meinung «Ein besonderes Moratorium ist nicht nötig» (Nationalrat Laurent Butty, Freiburg) oder «Unsere Industriewelt kann ohne Kernkraftwerke nicht leben» (Ständerat Franz Muheim, Uri).

Nach Auskunft von CVP-Nationalrat Paul Schmidhalter, Präsident der parteiinternen «Studiengruppe für Energiepolitik», ist «abzuwägen, ob uns das Ereignis von Tschernobyl nicht eine mehrjährige Denkpause in Sachen Kernenergie aufzwingt. Wir verlangen nicht einen totalen Stopp und eine Stillegung der bestehenden Anlagen, wir möchten aber keine neuen Anlagen, bevor nicht alle Fragen geklärt sind. Nur wenn wir in 10 bis 15 Jahren in Vollzugszwang kommen und sich die Kernenergie bis dann als sicher erweist, sind wir für den Bau weiterer Anlagen.»

In erster Linie will Schmidhalter aber einen Energieartikel in der Verfassung haben, welchen 35 CVP-ParlamentarierInnen seit zwei Jahren mit einer Motion fordern. Im Vorschlag zum Energieartikel ist von «umweltschonender Energieerzeugung» die Rede, worunter laut Auskunft von Parteisekretär Frei allerdings auch die Atomenergie falle.

Die Stunde der SP

«Die Fraktion hat mit ihren dringenden Interpellationen die erste Diskussionsrunde wesentlich mitgestaltet und ihr in weiten Teilen den sozialdemokratischen Stempel aufgedrückt», schreibt die SP Schweiz nach der Tschernobyl-Debatte in ihrem Pressedienst. Tatsächlich haben sich bei den 97 Wortmeldungen 22 SP-ParlamentarierInnen und 25 FdP-ParlamentarierInnen zu Wort gemeldet, wobei die Voten der SP klar vom Willen für einen Ausstieg «gemäss dem schwedischen Modell» geprägt waren. Die Erkenntnis, sich für ein «Aussteigen» stark zu machen und dass es «Aufgabe einer grossen Bundesratspartei ist, das politisch Nötige und Richtige zu tun» (Helmut Hubacher), kam aber erst allmählich über diese Partei.

Anfänglich ging es lediglich um eine Verhinderung weiterer AKWs gemäss dem Parteitagsbeschluss von 1978 und dem Wahlprogramm 1983. Noch am 5. Mai 1986 schrieb die SPS in ihrem Pressedienst: «Natürlich müssen wir mit Atomkraftwerken leben, schliesslich gibt es weltweit 400 Reaktoren. Eine andere Frage ist, ob der Bau weiterer Atomkraftwerke verantwortbar ist.» Demgemäss die allgemeine Haltung des SPS-Vorstandes: «Die Errichtung weiterer Atomkraftwerke ist nicht zu verantworten, die Sicherheitsmassnahmen aller Werke im Betrieb sind zu überprüfen und die Evakuationspläne zu veröffentlichen» – von einer Stillegung real existierender AKWs war damals noch nicht die Rede.

Die Wende kam Ende Mai. Am 28. Mai gelangte die SP Zürich mit einem Brief an AKW-GegnerInnen-Organisationen und -Parteien mit dem Vorschlag einer stadtzürcherischen «Ausstiegs-Initiative», und am 31. Mai beschloss die SP-Geschäftsleitung den Antrag auf eine eigene SP-Ausstiegsinitiative zuhanden des Lausanner Parteitages vom 21. Juni. Die Initiative sollte den «raschestmöglichen Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie» bewirken. Ein entsprechender Beschluss wurde denn auch am 21. Juni in Lausanne gefasst, zum Teil aber von AKW-GegnerInnen-Organisationen und Umweltschutzverbänden als «SP-Extrazüglein» heftig kritisiert. Einzelne Organisationen sind nur dann zu einer Unterstützung bereit, wenn die SPS darauf verzichtet, die «Ausstiegs-Initiative» als parteieigene zu starten.

LdU hängt an beidem

Der Landesring der Unabhängigen seinerseits hatte bereits an seinem Parteitag vom 3. Mai die Unterstützung einer dritten Anti-AKW-Initiative angekündigt. Damals wurde jedoch eher an die vom Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) vorbereitete Moratoriums-Initiative oder an eine Referendumsinitiative gedacht. Nach der Nationalratsdebatte schrieb der LdU in seinem Pressedienst: «Der LdU wird Initiativen, die den Ausstieg aus der Kernenergie anstreben, voll unterstützen.» Die in der Folge versuchte Vermittlerrolle zwischen SPS und NWA ist jedoch gescheitert. Die eigene unklare Haltung bezüglich Stillegung der bestehenden Anlagen spiegelte sich in den Interventionen der Landesring-ParlamentarierInnen. Nationalrat Hansjürg Weder, Vizepräsident des NWA, begnügte sich in seiner Interpellation mit der Forderung, «die Rahmenbewilligung fürs AKW Kaiseraugst zu widerrufen» oder sie zu «sistieren». Auch das Lob von Nationalrat Franz Jaeger zuhanden des Bundesrates am Schluss der Debatte stiess nicht überall auf Verständnis: «Obschon die beiden Bundesräte in den Schlussvoten materiell ihre Ausgangsposition nicht änderten, erhielten sie am Schluss anerkennendes Lob just von LdU-Präsident Jaeger» (NZZ 19. 6. 86).

Konsequent war der LdU im Gegensatz zur SPS allerdings in einem wesentlichen Punkt: «Ohne den Druck des Volkes könnten die guten Vorsätze leicht wieder vergessen und der Umdenkprozess abgebrochen werden», schrieb der LdU am 18. Juni und unterstützte einen Tag später die Grossdemonstration in Gösgen.

Neben dem LdU unterstützten als Nationalratspartei einzig die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) die Gösgen-Demonstration. Da die POCH seit Jahren für eine Stillegung aller Atomkraftwerke kämpft, dieses Postulat aber zum Teil wegen der schwindenden Stärke der Anti-AKW-Bewegung in den Hintergrund gestellt hatte, bekundete sie keine Mühe mit der Ausstiegs-Forderung. So wurde unter anderem verlangt, die Rahmenbewilligung für Kaiseraugst zu widerrufen, und der Bundesrat angefragt, ob der «raschmöglichste Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie zum Schutz der Bevölkerung nicht ein Gebot der Stunde sei». Als einzige Partei forderte die POCH einen «Zeitplan für die Stillegung der bestehenden Atomkraftwerke in der Schweiz» (Anita Fetz, Basel). Die POCH unterstützen sowohl die Moratoriums- wie die Ausstiegs-Initiative.